

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 720

Mittwoch, 06. Januar 2021

28. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Ein paar Rücktritte sind nicht genug.....	1
Mehr als 133.000 Menschen verbrachten Weihnachten in Notunterkünften.....	3
Giammattei bestätigt die Versuche an mehr Dosen des Impfstoffes zu kommen.....	4
Beschäftigte im Gesundheitswesen blockieren zahlreiche Strassen im Land.....	5
Menschenrechtsorganisationen fordern Runden Tisch für Frieden und Menschenrechte.....	6

Ein paar Rücktritte sind nicht genug

Guatemala, 16. Dezember - Während nationale Proteste den Rücktritt des Präsidenten und des Kongresses fordern, haben viele Organisationen eine größere Forderung: die auf Gewalt beruhenden Grundlagen der guatemalteckischen Demokratie zu verändern. Am 12. Dezember gingen die Guatemalteck*innen den vierten Samstag in Folge auf die Straße, um gegen Korruption zu protestieren und den Rücktritt des Präsidenten zu fordern. Tage zuvor hatten indigene, bäuerliche, studentische und religiöse Bewegungen in der Sozialen und Volksversammlung (ASP) einen nationalen Streik (Hashtag #ParoNacional) ausgelöst, um eine verfassungsgebende Versammlung zu fordern. Die anhaltenden Proteste begannen am 21. November (Hashtag #21N) [*Die ¡Fijáte! berichtete ausführlich darüber, d.Red.*] (...) Die Proteste sind nicht nur Ausdruck der Ablehnung der Bevölkerung gegenüber der aktuellen Regierung. Sie sind auch eine Anklage gegen die endemische Korruption, das ärgerlichste Symptom des völligen Versagens der marktwirtschaftlichen Demokratie, die Grundbedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung zu erfüllen und funktionierende politische Institutionen und Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten. Hashtags wie #EsIstDasSystem stehen für das weit verbreitete Verständnis, dass es bei Korruption um mehr geht als um einzelne Politiker*innen. (...) Indigene und bäuerliche Bewegungen erweitern die Kritik an der Korruption auf die gesamte politische Wirtschaftsordnung, die in der gewaltsamen Ausgrenzung und Ausbeutung der indigenen Mehrheit wurzelt. Die ASP fordert eine multisektorale verfassungsgebende Versammlung, um einen plurinationalen Staat mit indigener territorialer Autonomie zu errichten und mit rassistischen, patriarchalischen Mustern zu brechen, die die Demokratie untergraben. Ihre Forderungen erinnern an die Anti-Korruptions-Proteste von 2015 sowie an die jüngsten Ereignisse in Chile. (...) Inmitten der Not in der Bevölkerung liess die unverschämte Korruption die unterschwellige Frustration und den Unmut überkochen. Rücktritte sind gerechtfertigt, aber sie werden nach Ansicht der ASP den Kreislauf der Korruption nicht durchbrechen.

Eine korrupte Demokratie

(...) Anti-Korruptions-Protestler*innen wollen Giammattei absetzen, aber sie erkennen zugleich, dass er nur das Gesicht des ungelösten strukturellen Problems ist. Guatemalteck*innen aus allen Gesellschaftsschichten machen die Korruption für eine Vielzahl sozialer Probleme verantwortlich: die bröckelnde Infrastruktur, Verkehrsstaus, ein zusammengebrochenes öffentliches Gesundheitssystem, weit verbreitete Unterernährung, umweltschädigende Minen und stark verschmutzte Flüsse und Bäche. Viele sehen Korruption als das Haupthindernis für Entwicklung und einen funktionierenden Staat, als Beweis für die Gleichgültigkeit der Regierung, was sich im Hashtag #WirSindIhnenEgal widerspiegelt. Die Kluft zwischen korrupter Politik und dem einfachen Volk wurde deutlich, als der konservative Kongressabgeordnete Rubén Barrios (VALOR) die Demonstrierenden beleidigte, indem er sie "Bohnenfresser" nannte [*Barrios wird vermutlich nicht gendern, d.Red.*]. Trotzig wurde der Slogan #FrijolerosUnidos (Einheit der Bohnenfresser*innen) kreiert. Unendlich viele Bilder von Bohnen kursierten in den sozialen Medien. Jemand kochte einen riesigen Topf mit Bohnen neben einem Maya-Zeremoniekreis auf dem Platz, wo sich die Demonstrierenden versammelten.

Die Grundlage der Macht von Guatemalas korrupter politischer Klasse liegt in ihrer Fähigkeit, Wahlen zu gewinnen, indem sie Herausforderer ausschaltet und – als Nullsummenspiel – dringend benötigte Güter und Dienstleistungen für Gemeinschaften bereitstellt, die durch den Ausschluss aus der freien Marktdemokratie systematisch verarmt sind. Die guatemalteckische Demokratie wurde während einer brutalen Aufstandsbekämpfung im letzten Jahrzehnt eines bewaffneten

Konflikts errichtet, der 200.000 Menschen das Leben kostete, die meisten davon ländliche Mayas. Das Ziel der Demokratie war aus Sicht der Armeepolizei nicht, die politischen Wünsche der indigenen Unterschicht zu kanalisieren, sondern die Aufstandsbekämpfung zu vollenden. Während des Übergangs zum Frieden zielte die Rhetorik einer multikulturellen Demokratie darauf ab, die Integration der Indigenen mit neu anerkannten Rechten in eine politische Wirtschaftsordnung zu steuern, die auf ihrer kollektiven Enteignung beruhte.

Die Verfassungsreformen zur Umsetzung des Abkommens über die Identität und die Rechte der indigenen Völker von 1995, das die URNG und die Regierung als Teil des Friedensprozesses unterzeichnet hatten, wurden 1999 in einem Referendum abgelehnt. Das Abkommen forderte Verfassungsreformen, um Guatemala als multiethnische, multikulturelle und mehrsprachige Nation neu zu definieren und indigene Sprachen, Spiritualität und Autoritäten anzuerkennen, zu schützen und zu fördern sowie den Zugang zu Kommunikation und kommunalen Landrechten. Das Abkommen wurde gestoppt, bevor mehrere souveräne Nationen anerkannt werden konnten. Die Niederlage des Referendums (...) war Teil eines jahrzehntelangen konservativen Projekts, die Kernkomponenten des bereits begrenzten Friedensabkommens zu demontieren.

Der Friedensprozess war die politische Komponente des Übergangs zu einer neoliberalen Politik des Ressourcenabbaus, des Freihandels und der Privatisierung - deren Vorteile nicht zu den Schwächsten gelangten, nein, sie hatten deren Schäden direkt zu tragen. Politische Entscheidungsträger*innen begrüßten den Aufstieg der extraktiven Wirtschaft - Metallbergbau, Wasserkraft, ausgedehnte landwirtschaftliche Monokulturen, Holz- und extensive Viehwirtschaft - als Hebel für notwendige ausländische Investitionen, die Arbeitsplätze bringen, die Armut reduzieren und grüne Energie unterstützen würden. Aber diese Art von Projekten hat das Land weiter konzentriert, es aus der Subsistenzproduktion entfernt und die regionalen Wassersysteme belastet. Zahlreiche lokale Widerstandsbewegungen zur "Verteidigung des Territoriums" prangern die extraktive Wirtschaft als einen korrupten Angriff auf indigene Rechte und Territorien an. Diese Gruppen zielen darauf ab, diese Projekte zu stoppen und indigene Autoritäten und Kosmologien in den Vordergrund zu stellen. In der Vision eines plurinationalen Staates, die einige Bewegungen jetzt propagieren und die direkt von diesen Kämpfen geprägt ist, würden autonome indigene Regierungen Entscheidungen über die Entwicklung ihrer Territorien treffen. Stattdessen machte dieser ‚perfekte‘ Sturm aus Armut, Landlosigkeit, verfallenden Institutionen, mangelnder Umweltplanung, der Aufgabe ländlicher Gemeinden und Subsistenzlandwirtschaft sowie der Ausbreitung der extraktiven Entwicklung die Hurrikane Eta und Iota zu ausgewachsenen humanitären Katastrophen. Die Wirbelstürme zerstörten Häuser, Infrastruktur und Ernten und verschärften die Krise der Ernährungssicherheit. In Alta Verapaz, wo die Abholzung zur Anpflanzung von afrikanischen Palmen die Fähigkeit der Böden zur Aufnahme von Regenfällen verringert hat, kam es zu extremen Überschwemmungen. Durch den Ausschluss langjähriger Forderungen nach einer Landreform und integrierter Entwicklung ermöglichte die Marktdemokratie diese tragischen Ergebnisse.

Den Kreislauf der Korruption durchbrechen

Guatemalas Marktdemokratie wurde auf genozidaler Gewalt gegründet, die aufeinanderfolgende Generationen von politischen Führer*innen ermordete und abweichende Meinungen zum Schweigen brachte. Mächtige AkteurInnen gehen routinemäßig mit Gewalt gegen Landrechtsaktivist*innen, Wasserverteidiger*innen und Menschenrechtsaktivist*innen vor. Gewalt ist der guatemalteken Demokratie immanent und schützt das System der Ungleichheit und Enteignung, das die politischen Parteien dann ausnutzen. Im Schatten der Gewalt geht es bei den Wahlen in den ländlichen Gemeinden um die Verteilung minimaler staatlicher Mittel für Entwicklungsprojekte. In streng klientelistischer Manier erhalten nur Parteimitglieder Projekte (oder Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor). Da der Staat den Gemeinden geringe Budgets zur Verfügung stellt, ist das Ergebnis ein harter Wettbewerb um die knappen Ressourcen unter den armen Dorfbewohner*innen, die oft zwischen mehr als einem Dutzend Parteien aufgeteilt sind, von denen die meisten konkurrierende Sektoren der Oligarchie vertreten. Lokale Kandidat*innen machen zahlreiche Versprechen, die sie ausnahmslos brechen. Als Motoren von Eigeninteresse, Täuschung und Misstrauen zerstören die Wahlen die lokale Solidarität und Organisationsfähigkeit. Die meisten Dorfbewohner*innen sehen alle Parteien als gleichermaßen korrupt und gegen ihre Interessen gerichtet an, aber es fällt ihnen schwer, ihre Angebote abzulehnen.

[Es folgt eine kurze Analyse der plurinationalen Verfassung von Bolivien, die gleichwohl die Ausbeutung der Natur nicht verhindert, ‚nur‘ sozial abgefedert hat, d.Red.]

In Guatemala umfasst die ökonomische Vision, die von den Befürworter*innen des plurinationalen Staates geteilt wird, das Konzept der Ernährungssouveränität, das von der transnationalen sozialen Bewegung ‚Vía Campesina‘ gefördert wird, sowie indigene Rechte und Kosmologien, die sich im Maya-Konzept Utzilaj K'aslemal (Gut leben) widerspiegeln. Neben der Anerkennung der materiellen Autonomie der indigenen Regierungen und der Einführung von Wahlreformen könnte ein plurinationaler Staat ein Wirtschaftsmodell ähnlich dem vorgeschlagenen Gesetz für integrierte Entwicklung 4084 einführen, ein Rahmenwerk, das auf den Abkommen über indigene Rechte von 1995 und dem Abkommen über sozioökonomische Aspekte und die landwirtschaftliche Situation von 1996 beruht und im Dialog mit der Zivilgesellschaft entwickelt wurde. Der 2009 eingebrachte Vorschlag soll "der in Armut und extremer Armut lebenden Landbevölkerung zugutekommen, vorrangig indigenen Völkern und Bäuer*innen, die über unzureichendes oder unproduktives Land verfügen oder landlos sind; indigenen und bäuerlichen Frauen; Festangestellten oder Saisonarbeiter*innen; Handwerker*innen; ländlichen Kleinproduzent*innen, ländlichen Klein- und Kleinunternehmer*innen." Eine solche Politik würde Land an Kleinbäuer*innen umverteilen und technische Hilfe, Training, Kredite und Unterstützung bei der Kommerzialisierung anbieten. Die Wirtschaft hat 4084 blockiert, indem sie die Auswirkungen auf das Privateigentum als verfassungswidrig bezeichnete. Eine verfassungsgebende Versammlung könnte 4084 erweitern, um eine robuste Vision von Ernährungssouveränität, verknüpft mit indigenen Werten, zu einem neuen Wirtschaftsmodell zu

verbinden. Laut den Befürworter*innen eines plurinationalen Staates könnte eine verfassungsgebende Versammlung das kollektive Menschenrecht auf Wasser verankern und indigenen Kosmvisionen folgen, um Wasser als heiliges und lebendiges Wesen mit Rechten anzuerkennen; sie könnte demokratisches und dezentrales Wassermanagement stärken, indem die Souveränität indigener Regierungen anerkannt wird; sie könnte Infrastrukturen schaffen, um den Wasserkreislauf zu schützen und Zugang und Aufbereitung zu garantieren; sie könnte Regeln schaffen, um Übernutzung, Privatisierung und Verschmutzung zu verhindern; und sie könnte die Wiederherstellung beschädigter Wassersysteme fördern. Keine Maßnahme würde die ländliche Armut und die durch Covid-19 und die Hurrikane verursachte Ernährungsunsicherheit weiter reduzieren als diese Art von umfassender ländlicher Reform. Ein Übergang zu einer integrierten Entwicklung würde auch zahlreiche Vorteile für die Umwelt mit sich bringen, die Wasserkrise deutlich entschärfen und dazu beitragen, ländliche Gemeinden vor den Verwüstungen des Klimawandels zu schützen. Darüber hinaus ist die Forderung nach integraler Entwicklung wohl die stärkste Antikorruptionsmaßnahme, die es gibt. Das Eingehen auf die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung Guatemalas außerhalb klientelistischer Netzwerke würde den Einfluss korrupter Parteien verringern. Auf einer anderen Ebene würde ein neues Entwicklungsmodell das verbessern, was viele indigene und ländliche Guatemalteken als grundlegende Korruption ansehen: ein ungleiches Regime von Privateigentum, das in kolonialer Enteignung wurzelt.

Zu einem Vielvölkerstaat werden

Nach Jahren der verpassten Gelegenheiten könnte die Zeit für eine plurinationale verfassungsgebende Versammlung gekommen sein. Um dies zu erreichen, müssen die sozialen Bewegungen ihre Spaltungen überwinden und den armen Gemeinden die konkreten Vorteile dieser Veränderungen vermitteln. Es wird auch erhebliche Unterstützung von städtischen Ladin@s benötigen, von denen viele skeptisch gegenüber ländlichen Bewegungen sind. Doch wer es ernst meint mit der Beendigung der Korruption oder dem Schutz der Demokratie, sollte die langjährigen Forderungen der ländlichen Bevölkerung unterstützen. Die Neugründung des Staates ist nur möglich, wenn Ladin@s die Führung der Indigenen akzeptieren und erkennen, dass ihre Schicksale miteinander verflochten sind.

Viele Ladin@s schauen auf indigene Bewegungen als Modell für eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft. Studierendorganisationen der wichtigsten Universitäten Guatemalas haben sich mit der ASP zusammengeschlossen, was auf einen tiefgreifenden Wandel im politischen und ökologischen Bewusstsein der Stadtbevölkerung hinweist. Zum Beispiel stieß die kürzliche Ankündigung eines Plans zur Erweiterung des Elite-Einkaufsviertels Cayala auf 150 angrenzende Hektar Waldland in Privatbesitz, bekannt als El Socorro, auf den Widerstand der Studentischen Ökologischen Bewegung aus ladinischen Wissenschaftler*innen und Ingenieur*innen, politisch engagierten Akademiker*innen und Umweltschützer*innen. Ihre Kampagne, ‚SOS El Socorro‘ verweist auf die Schwächen in der Umweltverträglichkeitsanalyse und auf die Auswirkungen, die das vorgeschlagene Projekt auf gefährdete Arten und das empfindliche Wasseranreicherungssystem haben wird, das die durstige Hauptstadt versorgt. Viele dieser jungen Umweltschützer*innen haben sich enttäuscht gefühlt, seit sie bei den Aufständen 2015 zum ersten Mal in die Politik hineingeschnuppert haben, und haben sich seitdem von der Bewegung der Territorialverteidigung inspirieren lassen. Sie sehen jeden neuen Fortschritt in der umweltschädlichen Entwicklung durch die Linse des drohenden Klimawandels. Auf der Grundlage der ökologischen Wissenschaft erkennen sie auch, dass dieses Projekt zu einer zukünftigen Landschaft mit toten Seen, weniger Bäumen und Arten, Wasserknappheit, verschmutzten Flüssen und verpesteter Luft beiträgt.

Die Kämpfe für einen plurinationalen Staat und gegen Korruption sind miteinander verbunden. Die #21N-Proteste, wie andere Volksmärsche und Proteste vor ihnen, repräsentieren den wahren Geist der Demokratie in Guatemala, weit mehr als die Ergebnisse korrupter Wahlen. Den Griff der Aufstandsbekämpfungs-Demokratie zu brechen, erfordert eine Transformation des Staates und des Entwicklungsmodells entlang der Linien, die von den Kämpfen der Indigenen und Bäuer*innen vorgegeben wurden. Der Slogan "Sie fürchten uns, weil wir keine Angst haben" suggeriert eine Verschiebung der Dynamik der Gewalt, die Raum für diese Veränderungen eröffnet. Was wir brauchen, ist Einigkeit, und dass die städtischen Ladin@s verstehen, dass sie, um die Korruption zu beenden, ihre gegenseitige Abhängigkeit mit der indigenen Mehrheit erkennen und den plurinationalen Staat annehmen müssen.

(Nicholas Copeland, Kulturanthropologe von der TU in Virginia; Autor des Buches , The Democracy Mascine: Neoliberalism, Radical Pessimism and Authoritarian Populism in Mayan Guatemala (Cornell 2019), zugänglich als free pdf: <https://d3p9z3cj392tgc.cloudfront.net/wp-content/uploads/2019/06/01091027/9781501736063.pdf>)

Mehr als 133.000 Menschen verbrachten Weihnachten in Notunterkünften

Guatemala, 24. Dezember - Noch nie zuvor gab es eine so hohe Anzahl von Personen, die die Weihnachtstage in Notunterkünften verbringen werden. Die Stürme Eta und Iota beschädigten ganze Gemeinden, vielerorts gingen die Überschwemmungen nicht zurück und machten es den Opfern unmöglich, in ihre Häuser zurückzukehren. (...) Tausende von Familien wurden obdachlos, weshalb sie Heiligabend und Weihnachten in einer Unterkunft verbringen werden. Anstatt wie ein Großteil der Bevölkerung an neue Kleidung oder das Abbrennen von Feuerwerkskörpern zu denken, sind die Familien in der Notunterkunft damit beschäftigt, jeden Tag einen Teller mit Essen zu finden, während sie zu Gott beten, dass der Wasserstand sinkt, damit sie endlich in ihre Häuser zurückkehren können, die seit fast zwei Monaten durch die Stürme überflutet sind.

Daten der Nationalen Koordination für Katastrophenschutz (CONRED) zeigen, dass zu Beginn der Notlage 340 Notunterkünfte für 40.000 Menschen eingerichtet wurden. Im Laufe der Zeit nahm diese Zahl ab, obwohl sie weiterhin hoch

ist. Jüngste Notfallstatistiken besagen, dass sich heute Nacht mindestens 133.162 Menschen in einer Notunterkunft aufhalten werden; 5.217 in offiziellen und 127.945 in inoffiziellen Notunterkünften, die unter Familienmitgliedern und in der Nachbarschaft koordiniert werden und deren Existenz den lokalen Koordinator*innen bekannt ist. Die verfügbaren Notunterkünfte befinden sich in den Departements Quiché, Petén, Alta Verapaz, Izabal, Zacapa und Chiquimula. Dort gibt es weiterhin gefährdete Gebiete, sodass den Menschen nicht empfohlen wird, in ihre Gemeinden zurückzukehren.

Anders als sonst

Laut CONRED haben sie sich schon früher um große Gruppen von Menschen gekümmert, die von Naturkatastrophen betroffen waren, z.B. bei den Hurrikanen Mitch, Stan oder Agatha vor 22 Jahren, aber „diese Anzahl an Menschen hatten wir noch nicht an den Feiertagen. Wir wissen, dass die Familien viel lieber zu Hause sein wollen als in einer Sammelunterkunft“, erklärte David de Leon, Sprecher von CONRED. Der Sprecher fügte hinzu, dass "dank der gutherzigen Guatemalte*innen", die immer noch spenden, und der Bemühungen der lokalen Koordinator*innen, in einigen Unterkünften am 24. Dezember ein Abendessen stattfinden soll. Wahrscheinlich ein Tamal an Heiligabend, um Weihnachten zu begrüßen und um für diese Familien die Sorgen, wenn auch nur ein wenig, zu lindern.

Hilfe durch soziale Netzwerke

Obwohl die ständigen Regenfälle seit Wochen aufgehört haben, gehen die Probleme weiter wie am ersten Tag, so Yocarina Franco, ein Gemeindeglied von El Kilombo, Puerto Barrios, Izabal. Sie verlor fast ihre gesamte kleine Buchhandlung, die sie hatte, sowie Möbel und andere Gegenstände. Sie lebt immer noch in ihrem Haus, aber viele ihrer Nachbarn waren gezwungen, ihr Haus zu verlassen und alle Weihnachtspläne beiseite zu legen. "Man dachte 'zu Weihnachten werde ich dies und das machen', aber jetzt sind wir alle betroffen und wissen nicht, ob wir unsere kleinen Dinge kaufen können", sagte Franco, die sagt, dass ein Familienmitglied ihr ein Bett schenken musste, weil sie es in der Flut verloren hat. Die Betroffene sagte auch, dass sie dank der sozialen Netzwerke in der Lage war, Hilfe für ihre Nachbarn zu bekommen: "Die Leute haben die Stadt wirklich gerettet, denn die meisten Freunde und Leute, die die Facebook-Posts gesehen haben, haben uns geschrieben und gefragt, was wir wollen oder brauchen", betonte sie. Ebenso erhielt Xiomara Osorio, eine Freiwillige in Puerto Barrios, Unterstützung von vielen ihrer Freund*innen im Ausland, die in den Nachrichten und sozialen Netzwerken das Ausmaß der Katastrophe sahen und Spenden schickten. „Es ist immer noch schwer. Vor ein paar Tagen war ich in San Francisco, einem anderen Dorf in Puerto Barrios. Es gibt immer noch viel Schlamm, die Menschen haben es nicht geschafft, sich in ihren Häusern zu stabilisieren“, sagte sie.

Ein wenig Weihnachtsgefühl

Obwohl die Lage schwierig ist, gibt es Freiwillige, die sich entschließen, die Bequemlichkeit ihres Zuhauses zu verlassen, um mitzuhelfen. Adela de Rizzo arbeitet für die Stiftung Génesis Empresarial. Dank vieler Freiwilligen konnte sie Lebensmittel in Gemeinden bringen, die noch immer isoliert sind. Xiomara Osorio wies darauf hin, dass sie in dieser Zeit viele hilfsbereite Menschen getroffen habe. "Gott sei Dank gab es bei der Zusammenarbeit viel Menschlichkeit von allen, wir haben diese Nächstenliebe mehr gespürt, ich habe das Gefühl, dass es uns hilft, als Menschen geeinter zu werden und weniger die Unterschiede zwischen den Menschen zu sehen", sagte sie. (...) An Weihnachten – so waren sich die Befragten einig – gehe es nicht um Geschenke oder materielle Dinge, sondern darum die Möglichkeit zu haben, Gutes in unseren Herzen zu empfangen und es mit unseren Mitmenschen zu teilen. (Prensa Libre)

Giammattei bestätigt die Versuche an mehr Dosen des Impfstoffes zu kommen

Guatemala, 29. Dezember - Der Präsident gab an, dass er sich seit Monaten dafür einsetzt, dass Guatemala den Impfstoff bekommt. Bei der Gedenkfeier zum 24. Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensabkommens nutzte Präsident Alejandro Giammattei die Gelegenheit, um über den Prozess der Beschaffung des Impfstoffs gegen Covid-19 zu informieren. Er kündigte an, dass er in der ersten Januarwoche 2021 dem Kongress eine Initiative vorlegen werde, „um Sonderregelungen zu treffen, um die vorhandenen gesetzlichen Probleme zu überwinden und die Impfstoffe direkt zu kaufen – und nicht über Zwischenhändler*innen“, sagte er. Dank der Zusammenarbeit mit dem US-Botschafter sei er in den letzten zwei Wochen in Kontakt mit Moderna Pharmaceuticals bekommen und habe eine Anfrage für fünf Millionen Dosen gestellt, die 2,5 Millionen Menschen erreichen würden. Diese sind zusätzlich zu den 3,37 Millionen Dosen, die durch den Covax-Mechanismus erwartet werden. Er fügte hinzu, dass bis zum 30.12. die von Moderna geforderte Vertraulichkeitsvereinbarung zur Abgabe des Angebots unterzeichnet werde, deren Konditionen nicht-öffentlich seien. Bei den Verhandlungen gehe es um den Kaufpreis und die Logistik des Transports der Impfdosen sowie deren Verteilung, da die Mehrheit der Bevölkerung in kürzester Zeit versorgt werden muss. Er sagte, dass für den Impfstoff eine Kühlkette aufrechterhalten werden müsse, "die heute im Land mangelhaft ist"(...). In den kommenden Wochen werde er sich entweder über den Covax-Mechanismus oder den Moderna-Impfstoff bemühen, womöglich werde er aber auch mit anderen pharmazeutischen Unternehmen sprechen, die an einem Covid-19-Impfstoff arbeiten. Sein Ziel sei es, die größtmögliche Transparenz und Effektivität zu haben, um den Impfstoff in kürzester Zeit nach Guatemala zu bringen.

Anmerkungen der Gesundheitsministerin

Laut der Gesundheitsministerin Amelia Flores hänge alles davon ab, dass das entsprechende Gesetz in Kraft ist, denn im Moment könne sie keine direkten internationalen Einkäufe tätigen. Der Kongress sei aber an transparenten und schnellen Käufen interessiert, daher sei sie zuversichtlich, dass im Januar der Prozess beginne und im Februar Ergebnisse vor-

liegen werden. Sie fügte hinzu, dass das Nationale Impfstoffkomitee die Prioritätsgruppen für den Impfstoff aufgestellt habe: Beschäftigte im Gesundheitswesen, (...), Hilfskräfte, Polizeibeamt*innen, Menschen über 60 und Patient*innen mit Diabetes und Bluthochdruck. Sie fügte hinzu, dass sie das Ziel verfolge, 60 Prozent der Bevölkerung zu erreichen. Sie erklärte, dass sie sowohl bei den Verhandlungen als auch bei der Beschaffung des Impfstoffs parallel arbeite und für den Kauf oder die Anmietung von Gefriergeräten bis minus 20 Grad einige Firmen kontaktiert habe. Allerdings würde die Anschaffung von Gefriertruhen über Kreditmittel die Kühlmöglichkeiten landesweit stärken. Die Ministerin fügte hinzu, dass es derzeit einen Gefrierschrank gebe, um die ersten Dosen des Impfstoffs zu lagern; sie bereite sich auch auf die Logistik der Verteilung und Impfung vor. Es bestehe auch die Möglichkeit, regionale Kühlräume zu installieren, um die Verteilung und Impfung zu erleichtern. Dazu müsste freilich noch Personal eingestellt werden.

Anstieg der COVID-19-Fälle

Sie wies darauf hin, dass die Zahl der Coronavirus-Fälle steige. Viele der Erkrankten seien nicht der Ansicht, dass sie in Quarantäne bleiben müssten. Obwohl die Epidemie seit vielen Monaten da ist, setzt sich die Bevölkerung weiterhin der Gefahr aus und "hier sehen wir die Ergebnisse". (...) "Die Sterblichkeit steigt wieder, wir werden die Ergebnisse der Weihnachtsfeiertage dann in ein oder zwei Wochen sehen", prophezeit sie.

Abkommen erneuern

In seiner Rede zum 24. Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensabkommens sagte der Präsident, dass wir einen Schritt in Richtung Versöhnung gemacht hätten. Diese Vereinbarung solle wertgeschätzt werden, obwohl noch viele unerfüllte Verpflichtungen vorhanden seien. Aber „wir sind der Geschichte gegenüber verpflichtet“. Er forderte die internationale Gemeinschaft, die Regierung und die Gesellschaft auf, Wege zur Überarbeitung des Friedensabkommens zu gehen, da die strukturellen Ursachen, die zu Armut und sozialer Ausgrenzung führen, gesucht werden müssen [*Mit Verlaub: Vielleicht sollte der Präsident den Aufsatz von N. Copeland lesen ..., d.Red.*]. Er rief auch zum Dialog auf und betonte, dass „wir als Land“ neue Lösungen für alte Probleme finden müssten. (Prensa Libre)

Beschäftigte im Gesundheitswesen blockieren zahlreiche Strassen im Land

Guatemala und anderswo, 29. Dezember – Demonstrierende, die im Gesundheitswesen arbeiteten, forderten überall im Lande 3.000 Q, die ihnen der Staat schuldet, und Arbeitsplatzstabilität. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, nahmen Hunderte von ihnen an verschiedenen Demonstrationen teil und blockieren an diesem Dienstag, dem 29. Dezember, mehrere Strassen. Bis 10 Uhr gab es Berichte über Blockaden bei:

- Km 178 der Strecke Cito-Zarco und Km 212,5 Kreuzung Las Victorias, Colomba, im Departamento Quetzaltenango
- Km 247 Route nach Südwesten, Pajapita, San Marcos
- Km 56 alte Route Palín, Escuintla (Die Blockade wurde um 10.30 Uhr entfernt)
- Km 292 Atlantikroute, Puerto Barrios, Izabal
- Km 49 Interamerikanische Route, El Tejar, Chimaltenango
- Km 121 San Antonio, Jutiapa
- Km 364 San Luis, Petén
- Km 163 Kreuzung von Mazatenango, Suchitepéquez
- Km 178, Brücke El Zarco, Retalhuleu

Außerdem protestiert eine Gruppe vor dem Westlichen Regionalkrankenhaus in Quetzaltenango. Nach Angaben der Behörden hatte das Gesundheitspersonal gegen 12 Uhr mittags die Blockaden auf den Straßen des Landes beseitigt.

Forderungen

Die Beschäftigten des Gesundheitswesens erklärten, dass der Staat ihnen für Oktober, November und Dezember jeweils 1.000 Q (= 102,65 €) schulde, insgesamt 3.000 Q (= 307,95 €). Sie fordern auch die Einhaltung des Tarifvertrags in Bezug auf die Zahlung der 16 Monate, die sie noch ausstehen, sowie die Einhaltung und Respektierung der Arbeitsrechte. Sie berichteten, dass sie die Proteste so lange aufrechterhalten würden, bis sie den Bonus tatsächlich erhalten würden. Carlos Cabrera, ein Gewerkschaftsführer, sagte, dass das Gesundheitsministerium (MSPAS) und das Wirtschaftsministerium sich gegenseitig die Schuld für die Nichtbezahlung der Anleihe geben würden. Gestern habe ihre Finanzabteilung sie darüber informiert, dass das MSPAS der Aufforderung, die Zahlung zu schicken, nicht nachgekommen sei. Das Ministerium sagte, dass es gezahlt habe, konnte jedoch keine Kopien vorlegen, um dies zu bestätigen.

Am 28.12. hielt eine Gruppe von Beschäftigten des Gesundheitswesens einen Protest vor dem Finanzministerium in der Hauptstadt Guatemalas ab, um die Auszahlung der 3.000 Q Produktivitätsbonus zu fordern. Sie blockierten die Durchfahrt von Fahrzeugen in der 22. Calle, 7. Avenida, Zona 1 der Hauptstadt. Die Unzufriedenen kündigten an diesem Tag an, dass sie, wenn an diesem Montag nichts für sie getan würde, wieder auf die Straße gehen würden oder auch Ambulanzen oder Notaufnahmen der nationalen Krankenhäuser besetzen würden.

Das Gesundheitsministerium antwortet und zahlt ...

Am heutigen Dienstag (29.12.) teilte das MSPAS mit, dass es in Abstimmung mit dem Finanzministerium und nach Ausschöpfung des entsprechenden Verwaltungsverfahrens am 28.12. mit der Auszahlung der Boni für menschenwürdige Arbeit für das Gesundheitspersonal im ganzen Land begonnen und am 29.12. abgeschlossen habe. Der Gesamtbetrag dieses Anreizes beträgt 87,66 Mio. Q (= 9 Mio. €) und kam 29.220 Beschäftigten zugute. (Prensa Libre)

Menschenrechtsorganisationen fordern Runden Tisch für Frieden und Menschenrechte

Guatemala, 29. Dezember - An diesem 29. Dezember jährt sich zum 24. Mal die Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen der Regierung von Álvaro Arzú Irigoyen und der Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas, mit dem der interne bewaffnete Konflikt beendet werden sollte. Aus diesem Anlass bat die Menschenrechtskonvergenz die Exekutive, einen Runden Tisch einzuberufen, um die sich aus den Vereinbarungen ergebenden Fragen endlich zu behandeln. Die Organisationen listeten eine Reihe von Punkten auf, die nicht erfüllt wurden. In diesem Zusammenhang fordert die Konvergenz, dass die staatlichen Stellen, insbesondere die Exekutive, einen Runden Tisch mit der Nationalen Kommission der Friedensabkommen (CNAP), dem Büro des Menschenrechts-Ombudsmanns sowie der internationalen Gemeinschaft einzuberufen, um Fragen im Zusammenhang mit Frieden und Menschenrechten zu diskutieren.

Die Punkte, die nicht erfüllt wurden

Für die Menschenrechtskonvergenz wurde keines der 12 Abkommen von den herrschenden Regierungen respektiert, wodurch die Menschenrechte verletzt wurden. In einer Pressemitteilung weist die Allianz der Organisationen darauf hin, dass die politische Agenda der zahlreichen Regierungen das Ziel hatte, die Menschenrechte zu verletzen, indem "die entwurzelten Bevölkerungen gewaltsam vertrieben und ihre angestammten Rechte auf Wasser, Land und Territorium ignoriert wurden, wodurch ihre sozioökonomische Lage verschlechtert wurde". Sie weisen darauf hin, dass die zivile Unterstützung reduziert wurde, dass aber die guatemaltekische Armee, die für mehr als 94% der Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist, laut der Kommission für historische Aufklärung mit Ausrüstung versorgt wurde. Die Organisationen betonen, dass „mit einem guten Fahrplan“ bei den Verfassungsreformen und dem Wahlrecht die Bevölkerung nicht mit einer schwachen Demokratie konfrontiert wäre, wie sie es heute ist. Dies zeigt sich an der mangelnden Achtung der Entscheidungen des Verfassungsgerichts, wie z. B. bei der Wahl der Richter*innen des Obersten Gerichtshofs und der Berufungskammer.

Über die Institutionalisierung des Friedensprozesses

Darüber hinaus wird als "ein weiterer Schlag" gegen die Friedensabkommen die Aufhebung der Regierungsabkommen kritisiert, die folgende Institutionen ins Leben gerufen haben: Nationales Entschädigungsprogramm (PNR), Sekretariat des Friedens (SEPAZ), Menschenrechtskommission des Präsidialamtes (COPREDEH) und Sekretariat für landwirtschaftliche Angelegenheiten (SAA). "An ihrer Stelle soll offenbar eine Präsidialkommission für Frieden und Menschenrechte arbeiten, von der seit ihrer Gründung im Juli dieses Jahres nur wenig über ihre Aufgaben und Zuständigkeiten bekannt ist, was einen Rückschlag bei den staatlichen Verpflichtungen bedeutet, die freundschaftlichen Einigungen der Menschenrechtskommission oder die Urteile des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu erfüllen“, heisst es weiter. Die einzige Institution, die aktiv bleibe, sei die CNAP, die sich aus Mitgliedern zusammensetze, die von staatlichen Stellen, politischen Parteien und verschiedenen Bereichen der Zivilgesellschaft ernannt werden.

Folgende Organisationen bilden die Konvergenz: Stiftung Myrna Mack; Allianz für Reformen; Nationale Einheit der Guatemaltekischen Frauen (UNAMG); Sicherheit in der Demokratie (SEDEM); Guatemaltekisches Institut für Vergleichende Studien der Strafwissenschaft (ICCPG); Menschenrechtsbüros der Erzdiözese Guatemala (ODHAG); Zentrum für Legale Aktionen für Menschenrechte (CALDH); Team für Gemeindestudien und psychosoziale Aktion (ECAP); Zentrum für Forensische Analysen und Angewandten Wissenschaften (CAFCA); Internationales Zentrum für Menschenrechtsstudien (CIIDH); Einheit für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen (UDEFEGUA) und Justicia Ya. (La Hora)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>
www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6